

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 1. Juni 1915.

Agrarische Interessenpolitik.

Daß auch in dieser schweren Kriegszeit die Agrarier ihre Interessen aufs vorteilhafteste zu wahren wissen, bedarf eigentlich kaum mehr eines Beweises. Am augenfälligsten tritt das in der Preisfestsetzung für Kartoffeln zutage. Im Winter waren keine Kartoffeln zu haben, selbst nicht zu hohen Preisen, weil sie von den Landwirten und Händlern zurückgehalten wurden in der Hoffnung, im Frühjahr noch höhere Preise zu erzielen. Man ließ das arme Volk hungern, denn die Herren Agrarier hatten es sich einmal zum Ziel gesetzt, unter allen Umständen mit ihren Kartoffeln durchzuhalten.

Dann setzten diese agrarischen Menschenfreunde durch, daß ihnen von der Regierung eine Liebesprämie für ihre Kartoffeln gewährt wurde. Jetzt kommen überall ungeheure Vorräte von Kartoffeln zum Vorschein. Die Prof. Kucynski in der „Globe“ ausführt, daß die Reichsstelle für Kartoffelversorgung jetzt soviel Kartoffeln, daß „man nicht weiß, wohin damit“. Die Gemeindevorstände haben deshalb nach der „Deutschen Tageszeitung“ die Weisung erhalten, alle Kartoffeln, wenn nicht etwas anderes besonders und ausdrücklich vereinbart worden ist, spätestens bis zum 30. Juni abzunehmen.

Aber trotz dieses großen Kartoffelvorrats bleiben die Preise auf der bisherigen Höhe. Die Produzenten, das sind die Landwirte, erhalten gegenwärtig bei sofortiger Abnahme 7 Mark für den Zentner, ein Preis, der bei der Abnahme nach dem 19. Juni auf 8.50 Mark steigt. Das ist etwa das Dreifache des üblichen Preises. Wenn die Gemeinden, z. B. Groß-Berlin, jetzt im Kleinhandel Kartoffeln zu 65 Pfennig für 10 Pfund abgeben, so können sie das nur, weil ihnen das Reich soweit sie Kartoffeln an Kinderbewilligte verkaufen, alles erstattet, was sie über 4.50 Mark für den Zentner an die Produzenten zahlen. Wir haben also, sagt Kucynski, den skandalösen Zustand, daß zu einer Zeit, wo das Reich angeblich über so viele Kartoffeln verfügt, daß man nicht weiß, wohin damit, die Bevölkerung im Kleinhandel fast doppelt soviel zahlen muß, wie in Friedenszeiten, und darüber hinaus noch die Beträge aufzubringen haben wird, die das Reich an die Gemeinden erstattet, und die sich auf Tausende von Millionen belaufen werden. Wenn die Reichsstelle wirklich über so viele Kartoffeln verfügt, müssen die Kleinhandelspreise unverzüglich auf den Stand der Vorjahre, d. h. auf etwa die Hälfte herabgesetzt werden. Bis zum 15. Februar d. J. durften die Produzenten nicht mehr als 2.75 Mark für den Zentner gezahlt werden. Es ist mehr als ausreichend, wenn ihnen jetzt das Doppelte zugebilligt wird. In der Provinz Sachsen und Thüringen bieten die Landwirte frische weiße brauchbare Ware für 3 Mark an, weil ihnen sonst die Ware verkauft.

Der jetzt zutage tretende Kartoffelüberfluß veranlaßt denn auch schon die Agrarier, mit neuen Forderungen zur Wahrnehmung ihrer Interessen hervortreten. Die Agrarier befürchten im Hinblick auf die neue Ernte, die alten Kartoffeln nicht mehr verkaufen zu können. Sie rufen daher wieder nach Staatshilfe. Die „Deutsche Tageszeitung“ verlangt nichts mehr und nichts weniger, als daß die Regierung die Kartoffeln in den Mengen abnimmt, wie sie ihr von den Landwirten zur Verfügung gestellt werden. Verhandlungen mit der Regierung scheinen in dieser Richtung auch schon aussichtslos geführt worden zu sein, denn das Blatt bemerkt weiter: „Soweit wir erfahren haben, sind bereits Schritte eingeleitet worden, um die Kartoffeln zu bearbeiten, und die Regierung soll in der Tat die Absicht haben, in der angegebenen Weise zu verfahren.“

Gewiß müssen die Kartoffeln als notwendiges Lebensnahrungsmittel gesichert und dürfen nicht dem Verderben ausgeliefert werden; aber es müßte doch sonderbar an, wenn jetzt der Schrei nach Abnahme der Kartoffeln laut wird, während dieselben Agrarier früher mit ihren Kartoffeln so zurückhaltend waren. Nach der bekannten Milchschonung der Regierung gegenüber den Agrariern kann man allerdings annehmen, daß auch dieser „Schrei“ an die Regierung nicht vergeblich gerichtet sein wird. Der Vorteil wird aber auch hier wieder zu Gunsten der Agrarier sein. So zeigt sich überall, wie auch der Krieg dazu benutzt wird, um die agrarischen Interessen zu wahren.

Ein neuer Aufruf des Landsturms.

Eine Sonderausgabe des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, wonach sämtliche Angehörige des Landsturms 1. Aufgebots, soweit sie nicht schon durch die Verordnungen vom 1. August und 15. August 1914 aufgerufen sind, aufzurufen werden. Die Anmeldung der Aufgerufenen zur Landsturmrolle hat nach näherer Anordnung des Reichskanzlers zu erfolgen. Diese Verordnung findet auf die kgl. hessischen Gebietsteile keine Anwendung. Sie tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Auf Grund dieser Verordnung wird durch eine Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers zur Kenntnis gebracht, daß die im Inlande sich aufhaltenden Aufgerufenen sich, soweit noch nicht geschehen, bei der Ortsbehörde ihres Aufenthaltsortes in der Zeit vom 8. Juni bis einschließlich 10. Juni 1915 zur Landsturmrolle anzumelden haben, und daß die Aufgerufenen, die sich im Auslande aufhalten, sich, soweit möglich und noch nicht geschehen, alsbald schriftlich oder mündlich bei den deutschen Auslandsvertretungen zur Eintragung in besondere, von diesen zu führende Listen zu melden haben.

Konsumvereine gegen Lebensmittelteuerung.

Der Verband der hessischen Konsumvereine, der am letzten Sonntag in Leipzig stattfand, nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Der Verband erklärt in der Preisgestaltung der wichtigsten Lebensmittel während des Krieges eine ungerechte Belastung gerade der ärmeren Konsumenten. Die Spekulation hat Preise gezerrt, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang stehen.“

Der Verband, als Vertreter von Interessen der Konsumenten, kann nicht unterlassen, die Regierungsbehörden dringend zu ersuchen, für sämtliche Artikel, die die neue Ernte bringen wird, rechtzeitig Höchstpreise festzusetzen und den Verkauf zu regeln bzw. Enteignung anzuordnen, damit die Spekulation die Preise nicht wieder so in die Höhe treiben kann, daß

es den ärmeren Konsumenten geradezu unmöglich wird, die notwendigen Lebensmittel sich anzuschaffen.“

Der Verbandsvorsitzende wünschte unter Zustimmung der Delegierten, daß die der Konsumvereinsbewegung nahe stehenden Abgeordneten in den Parlamenten energisch in diesen Sinne wirken möchten.

Die städtische Freibank nur für Bedürftige. Zur Regelung des Betriebs auf der städtischen Freibank, insbesondere zur Vermeidung des jetzigen großen Andranges hat die Stadtkassendirektion die Anordnung getroffen, daß in Zukunft nur noch bedürftige, in Wiesbaden ansässige Personen zur Freibank zugelassen werden. Von dieser Bestimmung soll nur ausnahmsweise beim Vorhandensein großer Fleischvorräte abgegangen werden. Als Ausweis gelten Erkennungsarten, die auf die Namen der Inhaber ausgestellt werden und am nächsten Freitag von 1 bis 5 Uhr nachmittags sowie am darauffolgenden Samstag vormittags im Schlachthof kostenlos zur Ausgabe gelangen. Die weiteren in Ergänzung der obigen Anordnung erlassenen Bestimmungen sind aus dem Anschlag am Freibanklokal zu entnehmen.

Einquartierung. Diejenigen Einwohner, die bis 1. Juni Einkartierung gehabt haben, werden vom Magistrat aufgefordert, die Quartierkarten am 1., 2. und 4. Juni, vormittags von 8½ bis mittags 12½ Uhr, auf Zimmer 59a des Rathauses abzugeben.

Das neue Adressbuch 1915 der Stadt Wiesbaden und Umgegend, das heißt die Orte Vierrath, Dohheim, Erbenheim, Langenschwalbach, Rumbach, Schierstein, Schlagenbad und Sonnenberg umfassend, ist wieder in seiner bekannten Aufmachung im Verlage der Firma Karl Schögelberger & Co., Marktstraße 26, erschienen.

Stadtverordnetenversammlung. Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Freitag dieser Woche, nachmittags, im Bürgeraal des Rathauses statt.

Preussisch-süddeutsche Klassenlotterie. In der Montag-Vormittagsziehung der preussisch-süddeutschen Klassenlotterie fielen 10000 Mark auf Nr. 16719 158685, 5000 Mark auf Nr. 12678 67413, 3000 Mark auf Nr. 8268 12753 14346 26479 29180 29744 33456 35338 55593 61945 62392 63642 64375 72654 77432 81815 93192 99584 101387 103596 104878 115608 140950 160424 165368 168400 174617 183611 184785 191970 193860 199229 197140 201442 203487 204514 208542 209285 210290 228841 229462 230464. — In der Nachmittagsziehung fielen 15000 Mark auf Nr. 107634, 3000 Mark auf Nr. 4067 41949 136880 141593, 3000 Mark auf Nr. 1270 2015 5245 14686 18704 19684 30062 31781 48201 51776 56409 63678 65088 66789 67408 73137 87065 90484 105840 113127 116140 121044 129064 131517 133531 139227 139503 153842 154645 173708 182962 193755 212752 222225 223302. (Ohne Gettohr.)

Schöne Feit und Früchte. Der Frankfurter Landwirtschaftsverein bittet und, nachfolgende zu beherzigende Worte zu veröffentlichen: Heilig sei uns das Feld und seine junge Frucht! Je reicher die neue Ernte wird, je mehr Segen und Mutter Erde aus ihrem Schoße spendet, desto sicherer wird uns der Sieg. Soll Dankbarkeit und Freude sehen wir aus der gestreuten Saat die jungen grünen Halme sprießen. Sie sollen die Ähren tragen, die uns im kommenden Winter Brot geben. Tragen sie nicht volle Ähren, kommt der Hunger. Heilig sei uns darum jeder dieser kleinen Halme. Das Großstadtkind weiß oft wenig von des Landmanns Arbeit und Sorge. Ohne Achtung und Ahnung tritt es den Halmen nieder, raubt sie die Ähren aus. Jetzt aber sind Halme und Ähren heißer denn je. Darum ihr Eltern, Lehrer und die ihr sonst berufen seid, andere zu führen und zu fördern: Lehret sie alle die Heiligkeit des Feldes und seiner Frucht. Es gilt jeden, auch noch so kleinen Halme zu schonen. Jeder wirkt zum Schutze der Felder.

Fahrradschwinder. Ein kräftlich aussehender, etwa 20 Jahre alter Mann in Unteroffiziersuniform, geschmückt mit dem Eisernen Kreuz, hat sich dieser Tage dahier ein Opel-Fahrrad gekauft und es bis jetzt nicht zurückgebracht. Er gab an, in Mörchingen, in Lothringen, keiner Militärpflicht genügt zu haben, zuletzt in Rüdeshelm in einem Lazarett untergebracht gewesen und von dort zu seiner Erholung nach Wiesbaden gekommen zu sein. Das Rad wollte er angeblich zum Besuch seiner eben in Niederrhausen weilenden Braut hernehmen. Man macht es den Schwindlern wahrhaftig leicht, ihr unfauberes Gewerbe auszuüben.

Zusammenlegung der Sommer- und Herbstferien. Die vielfachen Bemühungen der maßgebenden Schulbehörden um eine Zusammenlegung der Sommer- und Herbstferien in diesem Jahre scheitern sich zu verwickeln, nachdem auch der preussische Kultusminister sein Einverständnis zu der Maßnahme, die hauptsächlich im Interesse einer gesicherten Einbringung der Ernte besteht, erklärt hat. Die Ferien, die den Namen Kriegerferien führen werden, sollen Anfang August beginnen und Ende September enden, also rund sechs Wochen währen.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Dohheim, 1. Juni. (Zur Beachtung!) Um den Mithänden, die bei der Brotfortenverteilung zutage getreten sind, entgegen zu wirken, soll ein Besuch an die höheren Instanzen gerichtet werden. Interessenten werden daher ersucht, sich in die in den Köden des Konsumvereins ausliegende Liste einzutragen. Je größer die Zahl der Gesuchsteller ist, je eher wird die Notwendigkeit einer Änderung der Brotverteilung eingesehen und je baldiger wird Abhilfe geschaffen.

Schierstein, 1. Juni. (Vorfall beim Spabenschießen.) Der Mehrgemeister Jakob Mora, der auf Urlaub weilte, schloß am Sonntag morgen vor seinem Grundstück in der Dohheimer Straße mit einem Leckschütz nach Sperlingen. Ein Schuß ging fehl und traf ein 14jähriges Mädchen in die Hand. Der Unfall sollte wiederum zur Warnung dienen, jedenfalls sollte es aber verboten sein, auf verkehrsreichen Straßen mit Mordwerkzeugen Spielerei zu treiben.

Langenschwalbach, 31. Mai. (Der Haushaltsplan der Kreisasse des Untertaunuskreises) schließt für das Rechnungsjahr 1915 in Einnahmen und Ausgaben mit 1 006 319 Mark ab. Unter den Ausgaben sind folgende Posten bemerkenswert: 810 200 Mark für die Vergütung und Tilgung von Kreis-schulden, 45 000 Mark für die Kreis-Abrede, 25 000 Mark für Armenwerke und 334 000 Mark für Kriegsfürsorgeunterstützungen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Konkurrenz-Manöver.

Täglich mehren sich die Fälle, in denen Bäckermeister wegen Nichtbeachtung der Bundesratsvorschriften vor dem Gericht stehen und abgeurteilt werden. Für den Kreis Hanau

scheint das Amtsgericht Bergen durchschnittlich 30 Mark Geldstrafe in Anwendung zu bringen. Interessant ist, wie der „Fechenheimer Anzeiger“, der sich „amtliches Verkündungsblatt“ betitelt, in seinen Berichten über diese Verhandlungen die Bäckermeister zu schützen sucht. So hat er über die Verurteilung des Bäckermeisters Oskar Dusch in Fechenheim, der Brot mit Mindergehalt verkaufte, geschrieben, es habe sich um einen Rest Teig gehandelt, der nicht mehr die vorgeschriebene Menge hatte, und der für den eigenen Haushalt verwendet werden sollte. Der Bäcker hatte seine Zeit, das Brot zu sortieren und nachzuprüfen und „wie es der Zufall will“, gerät es in das Haus armer Leute. Das Gericht hat gar kein Einsehen und verurteilt den armen, unschuldigen Bäckermeister auch noch zu 30 Mark Geldstrafe.

Ein anderer Fall. Der Bäckermeister Philipp Ewald in Fechenheim verkaufte durchaus mangelhaftes Brot, das auch Mindergehalt aufwies, an ein Kind. Das Brot wurde dem Konsumverein zur Prüfung vorgelegt, der es an den Landrat in Hanau weitergab. Der „Anzeiger“ sprach in seinem Bericht über diesen Fall von einem Konkurrenz-Manöver und sagte, der Konsumverein hätte die Sache nur deswegen verfolgt, weil er kein Brot mehr in Fechenheim verkaufen dürfe. Der „Fechenheimer Anzeiger“ weiß natürlich so gut wie die anderen Einwohner Fechenheims, oder sollte es wenigstens wissen, daß der Konsumverein wie alle auswärtigen Großbäckereien zwar Brot nach dem Landkreis Hanau liefern kann, dafür aber kein Mehl vom Landkreis Hanau zurückerstattet bekommt. Es mußte deshalb die Lieferung eingestellt werden. Diese unverständliche Maßnahme des Kreisamtschusses wurde getroffen auf Betreiben der Bäckermeister, von denen Herr Philipp Ewald der Haupttreiber ist, um die Konkurrenz des Konsumvereins und anderer leistungsfähiger Brotfabriken auszuschalten. Die Bäcker sind freilich nicht in den Himmel gewachsen, denn die Festsetzung von Höchstpreisen hat der Ausbeutungslust der Herren immerhin einen Kiegel vorgeschoben. Es ist aber direkt unrichtig, wenn in dem Bericht gesagt wurde, das Kind habe ein recht hartgebackenes und schon recht lang gelagertes Brot verlangt. Wir wissen nicht, ob der Berichtshatter diese Abartigkeit entwickelte, oder ob der Bäckermeister Ewald derartig falsche Angaben machte. Zu verwundern wäre es nicht, denn der Angeklagte braucht ja nicht die Wahrheit zu sagen. Nichtig ist, daß von dem Kind nur ein Laib Brot verlangt wurde, und es ist bezeichnend, daß Herr Philipp Ewald glaubte, einem Arbeiterkind einen solchen Ausdanklaß, der zur Nahrung für Menschen ungeeignet ist und beträchtliches Mindergehalt aufwies, aufhängen zu können. Auch hier liegt es im Bericht des Richters, daß „t o d e m“ der Fall als strafbar angesehen und mit 30 Mark geahndet wurde.

Ein Verächtigung des Konsumvereins, worin dieser sich gegen die Ueberschrift „Ein Konkurrenz-Manöver“ vermahnt und die Angelegenheit darstellt, wie sie sich zugetragen hat, hat der noble „Fechenheimer Anzeiger“ die Aufnahme verweigert. Der „Fechenheimer Anzeiger“ stellt sich schützend vor die die Bundesratsverordnung tagtäglich übertretenden Bäckermeister und bezichtigt noch obendrein die leistungsfähigen Großbetriebe: unzulässiger Konkurrenzmanöver. Nichtig ist, daß unzulässiger Konkurrenzmanöver seitens der Bäckermeister vorliegen, die sich die preisregulierende Konkurrenz durch ihren Einfluß beim Kreisamtschuss vom Hals zu halten verstanden. Es wird aber nicht ewig Krieg bleiben und der Konsumverein wird den Fechenheimer Bäckermeistern nicht den Gefallen tun, alsdann kein Brot mehr zu liefern.

Wenn Suben „Krieg“ spielen.

Auf dem Heimweg von einer Nachtlage der Soffenheimer Jugendwehr geriet der 18jährige Schlosser Sieger mit seinem gleichaltrigen Freunde Weid wegen einer Mundharmonika in Streit. Dieser arzte in Täuschlichkeit aus, und plötzlich rief der Sieger dem Weid ein dolchartiges Messer in den Rücken. Weid konnte sich noch nach Hause begeben, mußte aber dann dem Höchster Krankenhaus zugeführt werden, wo er nach kurzer Zeit verstarb. Der Täter wurde verhaftet.

Ein sonderbarer „Kameradschaftlicher“ Geist offenbart sich hier. Kann es denn auch anders sein? Heberall, wo junge Leute unter schulmäßiger Aufsicht stehen, bildet der Krieg den Mittelpunkt der Belehrung. Gibt es für einen jungen Mannes späteres Fortkommen wirklich nichts Wichtiges zu tun, als sich im Kreise „zu ertüchtigen“. Wahrhaftig, es tut einem in der Seele weh, wenn man sehen muß, wie es jumeist Arbeiterkinder sind, die auf diese Art ihre Jugendzeit verleben. Noch kameradschaftlicher ist es jedoch, wenn Arbeiter neben den jugendlichen, mitgeschickten „Kriegern“ herlaufen, um die „Taten“ ihrer Erbsöhne zu beobachten und zu loben. Hoffentlich kommen auch diese Leute wieder einmal zur Besinnung.

In Oberwerra a. M. hantierte ein 14jähriger Junge mit einem geladenen Revolver und zielte im Scherz auf seine Mutter. Da krachte plötzlich ein Schuß und die Frau stürzte in die Brust lebensgefährlich getroffen, zu Boden. In dem gleichen Dorfe verlor ein 16jähriger Bäckerlehrling einen gleichaltrigen Kameraden aus Unvorsichtigkeit durch einen Schuß in die Lunge lebensgefährlich.

Auf dieselbe leichtfertige Weise erschok in Dorfe Goldern am Main der 19jährige Sohn des dortigen Postamts-Maiter in der Abwesenheit der Mutter sein dreijähriges Brüderchen beim Soldatenspielen durch einen Revolverschuß in den Unterleib.

Söcht a. M., 1. Juni. (Arbeiter-Gesang-Verein „Vorwärts“.) Die Mitglieder des Frauen- und Männerchors wollten sich Mittwoch abend in der Restauration Danken, Abgänger Straße, einfinden, um unter der Leitung des beurlaubten Zeigenten Werner die alten Lieder zu singen.

Fechenheim, 31. Mai. (Niemand kann zwei Herren dienen.) In unserer Gemeindevorstellung findet während des Krieges die Wichtigkeit dieses Sprichworts eine klante Bestätigung. Vor schon vor dem Kriege reichlich Anlaß vorhanden über nicht einwandfreie Geplagenheiten unserer ersten Gemeindebeamten, besonders über den unbegrenzten Bureaukratismus, Klage zu führen, so sind jetzt die Zustände in der Gemeindeverwaltung geradezu kostlos zu nennen. Bekanntlich hat unser Bürgermeister seit Beginn des Krieges die Funktion eines stellvertretenden Inspektors in den hiesigen Lazaretten übernommen, und in dieser Eigenschaft ist er die

meiste Zeit am Tage vom Rathaus abwesend. Als einziger Gemeinbedachter bezog, als Auskunftsperson fungiert während der Abwesenheit des Bürgermeisters ein junger Mann, der anscheinend die Arbeiten des verflorenen Sekretärs Höl besorgt. Wie dieser junge Herr seine Obliegenheiten wahrnimmt, davon wissen ja besonders manche Arbeiterfrauen, die in Unterhaltungsangelegenheiten mit ihm zu tun hatten, ein Lied zu singen. Es bleibt einfach unverständlich, daß die Aufsichtsbehörde hier noch nicht eingegriffen hat. Es muß doch mindestens als nicht angängig bezeichnet werden, wenn eine Gemeinde von 10 000 Einwohnern in solcher Form verwaltet wird. Unser Bürgermeister, heißt es allgemein, hat keine Zeit für seinen Hauptberuf, sein Nebenberuf nimmt seine Kräfte zu sehr in Anspruch. Am letzten Freitag war wieder einmal Gemeinderatsbesitzung, wieder nichtöffentlich. Warum diese Sitzung nichtöffentlich war, ist uns ein Rätsel; denn die zu erledigenden Gegenstände rechtfertigen nicht den Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Verlauf dieser Sitzung kennzeichnet unsere Gemeindeverwaltung als eine Scheinverwaltung, die gar keinen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge im Gemeindeleben hat und auch nicht haben will. Was der Bürgermeister vorträgt, wird widerspruchslos gutgeheißen, und wenn nicht ab und zu unser Parteivertreter, der einzige Hecht im Sarpfenteich seiner abweichenden Meinung Ausdruck geben und auf vorhandene Mängel hinweisen würde, wäre das Gemeinderatskollegium eine Pflanzstätte ungezügelter Gemütskrankheit. Wir treten jetzt in den Monat Juni ein, und noch immer wartet man auf die Bekanntgabe des Gemeinderats für das vergangene Geschäftsjahr. Diese Verzögerung einer hochwichtigen Gemeindeangelegenheit findet wiederum ihre Begründung in der Überlastung des Bürgermeisters mit „außeramtlichen“ Arbeiten, die ihm keine Zeit für seinen Hauptberuf lassen. Es ist die Frage berechtigt: Gab es für den Posten eines zweiten Inspektors der Kommune keine andere Kraft, als den Bürgermeister einer großen Gemeinde, die durch ein unliebsames Vorurteil auf die volle Arbeitskraft ihres ersten Beamten Anspruch machen muß? H. A. W. G.

Die 31. Mai. Der Kreisrat des Unterlahn-Freises hielt vorgestern im Kreisbauhause hier eine Sitzung ab. Landrat Duderstadt berichtete in längerer Ausführungen über die reiche Tätigkeit des verflorenen Jahres, insbesondere über die Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bewohner des Kreises. Er machte dabei die Mitteilung, daß ab 1. Juni der Preis für Weizen herabgesetzt wird und am gleichen Tage eine Ermäßigung des Brotpreises von 80 auf 75 Pf. für das Einheitsbrot von 4 Pfund eintritt. Zur Bestreitung der durch die Unterstützung der Familien und der Reichswohnenbeihilfe dem Kreise entstehenden Kosten wird der Betrag von 900 000 Mark zur Verfügung gestellt und der Kreisrat ermächtigt, ein Darlehen aufzunehmen, oder sich die Mittel durch einen Kredit bei der Nassauischen Landesbank zu beschaffen. Für die Rechnung der Kreisgemeindefürsorge für 1915 weist gegenüber dem vorjährigen nur kleinere Änderungen auf und schließt mit 273 805 Mark ab. Eine Erhöhung der Kreissteuer ist nicht vorgesehen. Eine Eingabe der Stadt Kassel um einen Zuschuß zu den Kosten der Einquartierung konnte nicht zur Beratung gestellt werden, da einem Beschlusse in dieser Angelegenheit gesetzliche Bestimmungen im Wege stehen.

Was Weinbeeren, 1. Juni. (Kirschen und Erdbeeren.) Vor einiger Zeit schon sind die ersten Stachelbeeren, jedoch unreif und daher nur zu Kochwecken geeignet, auf den Markt gekommen, jetzt haben sich die ersten Kirschen und die ersten Erdbeeren dazu gesellt. Die Kirschen und auch die anderen Früchtlingsarten werden einen sehr reichen Ertrag liefern, während der Ertrag der späteren Sorten geringer sein wird. Die Preise, die für die ersten Beeren und Kirschen angelegt wurden, besonders aber für die ersten Erdbeeren, sind naturgemäß sehr hoch.

Lampertshaus, 31. Mai. (Zum Raubmord.) Am Samstag wurden in Olfhofen die mutmaßlichen Räuber der Frau Fürtich verhaftet. Auf die beiden Deutschen paßt die von den Rädern gegebene Beschreibung. Die Verhafteten, die die Tat allerdings leugnen, wurden nach Darmstadt überführt.

Aus Frankfurt a. M.

Altiengefellchaft für Hoch- und Tiefbauten.

Die Altiengefellchaft für Hoch- und Tiefbauten zu Frankfurt gibt ihren Geschäftsbericht für 1914 bekannt. Danach haben sich die Bau- und Betriebsgewinne um 88 000 Mark vermehrt, während die Umsatzen sich um 53 000 Mark und die Zinsausgaben um 85 000 Mark erhöht haben. Das Aktienkapital beträgt 8 Millionen, der Bau- und Betriebsgewinn 545 111 Mark (L. V. 482 432 Mark), die Umsatzen betragen 263 643 Mark (L. V. 316 255 Mark). Das Gewinn- und Verlustkonto schließt ohne Saldo, so daß auch in diesem Jahre keine Dividende zur Verteilung gelangt (L. V. 980 000 Mark Verlust, die aus der Reserve gedeckt wurden). Au dem Ergebnis bemerkt der Bericht, daß das Bestreben der Gesellschaft hauptsächlich auf eine Verminderung ihrer Verpflichtungen und Kapitalverlegungen gerichtet und daß dies auch erreicht worden sei.

Im übrigen spricht sich der Bericht befriedigend über den Geschäftsgang aus. Wenngleich die Gesellschaft unter der Unruhe der Kriegseingriffe in Bezug auf den Grundstücksmarkt gelitten hat, so habe sie doch bisher keine besonders nachteiligen Folgen für ihre Immobilien, Beteiligungen und Hypotheken zu verzeichnen. Der Hausbesitz in Frankfurt a. M. habe auch für das Jahr 1914 eine angenehme Veranlassung gebracht. Das Wohn- und Geschäftshaus Sauer Landstraße 27, Ecke Höderstraße, wurde zu einem als angemessen bezeichneten Preis verkauft und abgerechnet. Der Betrieb der Hiesigen Eisenbahn machte ebenfalls nach Kriegseingriffen eingestellt werden, weil die meisten Arbeiter einberufen wurden. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes könne das Betriebsergebnis als normal bezeichnet werden. Das von der Süddeutschen Diskontogesellschaft gestiftete Territoriumsförderungsfonds habe unter anteiliger Haftung der Beteiligten ein Reputationsdarlehen aufgenommen, aus dem auf die Beteiligung der Hoch- und Tiefbau-Gesellschaft eine Kapitalrückzahlung von 22 500 Mark erhielt, so daß ihre Beteiligung mit 179 801 Mark auf das neue Jahr übertragen wird. Das Konstruktions-„Strahburger Gelände“ hat weitere 50 000 Mark als siebenste Rückzahlung aus Verträgen ausgeschüttet, so daß die Beteiligung daran nunmehr noch mit 103 250 Mark zu Buch steht. Die Beteiligung am Konstruktions-„Winheim am Böhle“ wird mit 87 270 Mark unverändert vorgetragen. Das Konstruktions-„Eisenbrunn und Winheim am Böhle“ hat eine dritte Kapitalrückzahlung von 50 000 Mark ausgeschüttet, so daß die Beteiligung nunmehr noch mit 104 400 Mark zu Buch steht. Die Frankfurter Boden-Aktiengefellchaft hat weitere Kapitalrückzahlungen eingezahlt; auf die Beteiligung der Hoch- und Tiefbau-Gesellschaft von nominal 440 000 Mark sind nunmehr 220 261 Mark eingezahlt. Die Beteiligung von nominal 100 000 Mark an dem Kratzenunternehmen, sowie die Beteiligung an dem Konstruktions-„Stichhofenbau“ wurden verkauft. Das Akko-Liquidations-Konstruktions ist aufgelöst. Die aus diesen Abrechnungen erzielten, ziffernmäßig nicht genannten Gewinne gegenüber den Verlusten sind abgerechnet. Gegen das Vorjahr unverändert vorgetragen wird „Kriegsheim Grundstück I“ mit 1 Mark, desgleichen II mit 42 800 Mark.

Diese Darstellungen lassen eine gewisse Befriedigung erkennen und einen Rückschluß auf die Lage des Grundbesitzes im allgemeinen zu.

Ein Sozialdemokrat in der Schuldeputation. Die Wiesbadener Regierung hat die Wahl der Herren Bindewald, Dr. Rumpf und des

Genossen Dr. Quard zu Mitgliedern der städtischen Schuldeputation bestätigt. Damit wird mit dem bisherigen System der Nichtbestätigung eines Sozialdemokraten gebrochen, und es zieht nun der erste Sozialdemokrat in die Schuldeputation ein.

Die Zentralstelle für Ostverwertung in Frankfurt a. M. versendet jochen den Geschäftsbericht für 1914, aus dem zu entnehmen ist, daß ihre Tätigkeit in dem Kriegsjahre 1914 eine äußerst lebhaft war. Gerade der Umstand, daß sehr viel Obst einfließende Länder durch den Krieg verhindert waren, das deutsche Ostgebiet zu behalten, war Veranlassung, dem Verkauf deutschen Obstes innerhalb der Grenzen des Reiches besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Trotzdem der Geschäftsführer im August einberufen wurde, gelang es doch, eine rege Inanspruchnahme der in den „Mitteilungen“ erscheinenden Rubriken „Angebot und Nachfrage“ zu erzielen, und hauptsächlich aus den Grenzgebieten, die seither meist ausländisches Obst bezogen hatten, wurde die Vermittlung der Zentralstelle in Anspruch genommen. Wenn auch die im Herbst nicht besonders günstigen Verhältnisse den Austausch von Obst nach minder begünstigten Gegenden beeinflussten, war es doch möglich, einen ansehnlichen Umsatz zu erzielen. Auch die Verbehaltung der städtischen Kellerobstmärkte ist dem Eingreifen der Zentralstelle zuzuschreiben. Hier ist ebenfalls ein guter Erfolg zu verzeichnen. Der Bericht erwähnt, daß die Nachfrage anhaltend lebhaft war und das Angebot meist überflüssig. Es wurden 108 Waggonsladungen und 28 Landfahrten angefahren. Die Tätigkeit der Zentralstelle wird sich auch in Zukunft insonderheit darauf richten, dem deutschen Obst möglichst günstige Absatzbedingungen zu schaffen und einen Austausch zwischen ostbayerischen und ostbayerischen Landesstellen herbeizuführen.

Reichenlänkung. Ein gut gekleidetes 25jähriges Mädchen wurde bei Hofheim aus dem Wein als Leiche gezogen. Das Mädchen, das nebenbei war, stammte aus Frankfurt und hatte seinen Eltern vor der Abreise den Entschluß mitgeteilt, sich freiwillig das Leben zu nehmen.

Bereine und Versammlungen.

Wiesbaden. L. G. V. „Freundschaft“. Dienstag Probe für Männer- und Frauenchor.

Gerihtsfaal.

Frankfurter Straßammer.

Der Russe. Der Erbarbeiter Valentin Marzki, ein Russe, hat sich im Februar ohne Erlaubnis aus Dortmund entfernt und ist nach Frankfurt verzogen. Er wurde wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Belagerungszustand zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus Eifersucht. Recht roh hat sich der Russe Johann Lohbauer gegen ein junges Mädchen benommen, mit dem er ein Verhältnis hatte. Er hatte das Mädchen im Verdacht, daß ihm die Treue im leeren Wahn sei, und um es auf den Kopf der Tugend zurückzuführen, veranlaßte er ihn eines Tages auf offener Straße solche Schläge und auch Tritte, daß der Angst als Ergebnis der Mißhandlung eine gebrochene Rippe festgestellt wurde. In einem Briefe schrieb der jähwornige Russe, daß er die Gesetze blind machen werde, was das Mädchen veranlaßte, sich zu seinem Schutze einen Revolver zuzulegen. Das Schöffengericht hatte mit Rücksicht darauf, daß Lohbauer wohl Grund zur Eifersucht gehabt hatte, zwei Monate Gefängnis für ausreichend gehalten. Die Straßammer erhöhte die Strafe auf sechs Monate.

Der Reinsfall des Verräters. Recht anständig klangte an der Straßammer als Angeklagter der 30jährige, aus Friedberg gebürtige Hausknecht Martin Gerhardt. Er habe sich früher in Offenbach in anarchistischen Kreisen bewegt und damals sei es ihm gelungen, einen anarchistischen Anschlag gegen das Leben „unseres Kaisers und Königs“ zu vereiteln. Die Offenbacher Anarchisten hätten ihn dafür bis auf den Tod verfolgt. Wohl ein höchster Doppel gespielt? meinte der Vorsitzende. Nein! Nein! erwiderte Gerhardt und erzählte weiter, kürzlich habe er in der Irrenanstalt, wo er sich zur Beobachtung seines Geisteszustandes befand, ein Attentat auf den leidenden Krt verhindert. Tatsächlich hatte der von ihm bezeichnete „wilde Mann“, der auch zur Beobachtung in der Anstalt war, den Dolch im Gewande. Und so, aus dem Drange, Unrecht zu verhüten oder für begangenes Unrecht Sühne herbeizuführen, sei er auch zu der Sache gekommen, die ihn auf die Anklagebank gebracht habe. Er sei kein Doppel, der um Judaslohn will für die Polizei baldmore. Als nämlich vor einigen Monaten an der Straßammer gegen eine Einbruchbande verhandelt wurde, trat der Ehrenmann Gerhardt als Belastungszeuge auf, und es ergab sich, daß er die Angeklagten, nachdem er gestohlenes Gut von ihnen gekauft hatte, „vergingt“, d. h. zur Angeklagte gebracht hatte. Was will denn der, konnten die Angeklagten, er ist es ja getadelt, der uns zu den Diebstählen, die er zur Anzeige gebracht hat — die Angeklagten hatten noch andere auf dem Kerbholz — anesistiert und zu dem verurteilten Einbruch in ein Goldwarengeschäft sogar den Dietrich zurechtgemacht hat, der allerdings so schlecht war, daß er im Schloss abbrach und wir unbedachteter Dinge abziehen mußten! Es wurde darauf ein Verfahren wegen Anstiftung und Beihilfe zum Diebstahl gegen den Händler eingeleitet und jetzt hatte er sich vor der Straßammer zu verantworten. Er meinte sich gegen die Anklage mit Händen und Füßen, aber die unerbittlichen Aussagen der aus Strafanstalten vorangeführten Einbrecher, denen es häufig Vergnügen bereite, den „Bühnen“ so schmerz wie möglich zu machen, wurden durch andere Aussagen und Umstände so unterstützt, daß das Gericht zur Verurteilung kam. Das Urteil lautete wegen Anstiftung und Beihilfe zum Diebstahl in je einem Falle auf ein Jahr Gefängnis.

Telegramme.

Vom Dardanellenkampj.

Konstantinopel, 1. Juni. (M. B. Nichtamtlich.) Bericht des Großen Hauptquartiers: An der Dardanellenfront trifft der Feind gestern bei Ari Burnu unseren rechten Flügel an und wurde mit Verlusten, die auf Hunderte von Toten geschätzt werden, zurückgeschlagen. Andere Reichen vom Feinde wurden in den Tälern bemerkt. Der Feind wollte gestern einen Teil der von ihm gestern verlorenen Schützengräben im Zentrum durch einen überraschenden Angriff wieder nehmen. Er wurde aber in seine alten Stellungen zurückgedrängt. Er ließ vor den genannten Schützengräben viele Zote, Waffen und Bomben zurück. Am Abend von Sedd-il-Bahr wurde Infanterie- und Artilleriebesatzung nachgeschickt. Auf den übrigen Fronten ereignete sich nichts Wichtiges.

Schwierigkeiten in England.

London, 1. Juni. (M. B. Nichtamtlich.) Der Londoner Straßenbahnausschuss sollte am Samstag enden. Da jedoch der Londoner Straßamtsrat an dem Beschlusse festhielt, Anoskelle im militärischen Alter nicht wieder einzustellen, forderte der Gewerkschaftsausschuss die Arbeiter auf, den Ausstand fortzusetzen, bis der Beschluß widerrufen werde. Die ersten vier Straßenbahnmotoren, welche das Depot verließen, wurden von den Ausständigen mit Steinen bombardiert und die Fahrer und Schaffner bedroht. Verstärkte Polizei gerittene die Ausständigen mit Knüppeln. Nur der sechste Teil des normalen Straßenbahnverkehrs konnte aufrecht erhalten werden.

London, 1. Juni. (M. B. Nichtamtlich.) Der „Daily Telegraph“ meldet: Neue und ernste Schwierigkeiten drohen in den Kohlengruben von Süd-Staffordshire. Sie sind darauf zurückzuführen, daß gegen 3000 Bergleute, die kürzlich gestreikt haben, ein Prozeßverfahren wegen Arbeitsverweigerung eingeleitet worden ist. Am gegen den Prozeß zu protestieren, sind wieder 400 Mann in den Streik getreten. Ein allgemeiner Ausstand ist höchstwahrscheinlich, wenn der Prozeß nicht niedergeschlagen wird. Die Arbeitgeber erklären, daß die Gruben durch den Streik völlig in Rückstand gekommen wären, so daß die Produktion um 40 Prozent gekürzt ist. Die Lage erscheint sehr ernst, da die Bergleute neuerdings die Neigung zeigen, die Arbeit zu verweigern, und den Grubenbetrieb unter den geringsten Vorwänden zum Stillstand zu bringen. Die Arbeitgeber haben beschlossen, die Disziplin zu verschärfen. — Wie ferner die „Daily News“ meldet, streiken 4000 Bergarbeiter der Erz- und Kohlengruben von Monmouthshire. Kohle kann der Admiralität nicht geliefert werden und die Nebenprodukte der Werke werden für die Herstellung der Munition gebraucht. Die Eisenwerke haben lediglich für die britische, französische und belgische Regierung gearbeitet. Die Kohlengruben sehen still, da die elektrische Kraft und Licht abgeschnitten ist, weil die Elektriker streiken. Der Streik ist wegen einer Kriegszulage entstanden. Die Arbeiter wollen die Arbeit nicht wieder aufnehmen, ehe alle Forderungen bewilligt sind.

Swansea, 1. Juni. (M. B. Nichtamtlich.) Die Arbeitgeber der Weichblechindustrie haben in einer Versammlung erklärt, die Einführung der allgemeinen Weichblechpflicht würde zur Folge haben, daß sie 40 Prozent ihrer Werke schließen müßten.

London, 1. Juni. (M. B. Nichtamtlich.) Das Pressebureau teilt mit, daß die Belgier, welche die polizeiliche Anmeldung verweigern, mit hundert Pfund Sterling Geldstrafe oder sechs Monaten Haft bestraft werden.

London, 1. Juni. (M. B. Nichtamtlich.) Lord Robert Cecil ist zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt worden, der Arbeiterparteieller Dr. C. E. Wilson zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern. Addison zum Unterstaatssekretär des Ministeriums für Munition.

Die Wehrpflicht in England.

London, 1. Juni. (M. B. Nichtamtlich.) Die „Daily Mail“ schreibt: Das Land ist für die Annahme der allgemeinen Wehrpflicht noch nicht reif. Nur wenige machen sich klar, daß die breiten Volksschichten diese Maßregel zweifellos fürchten und mißbilligen. Das Blatt erhielt zahlreiche Briefe, die sich gegen die Wehrpflicht aussprechen, besonders viele aus Irland. Die „Daily Mail“ sagt weiter: Der schlimmste Feind der Wehrpflicht sind die optimistischen Kriegsberichte. Der Verlust von „Triumph“ und „Majestic“ in den ostlichen Berichten wird in wenigen Zeilen abgetan; gute Nachrichten werden ausführlich, schlechte kurz behandelt. Das Ergebnis ist, daß die Öffentlichkeit schlechte Nachrichten überflüssig, da die nächsten Tage durch die üblichen Berichte über den deutschen Rückzug in Russland und das englische Vordringen bei La Bassée u. a. in Vergessenheit gebracht werden. Die schwerwiegende Tatsache, daß deutsche U-Boote die Dardanellen erreichen und dort in zwei Tagen zwei vorzügliche Kriegsschiffe vernichten konnten, machte auf das Publikum daher keinen Eindruck. Die Gegner der allgemeinen Wehrpflicht sind dann scheinbar berechtigt, zu sagen, daß alles gut geht und keine Notwendigkeit für eine so tiefgehende Maßregel vorliegt. — Das Parteiblatt der Nationalisten „Freeman's Journal“ in Dublin schreibt: Es kann in diesem Augenblick nichts Verhängnisvoller geben, als dies Gesetz nach der allgemeinen Wehrpflicht. Es droht mit einem Schlag die Einheit des Volkes und den Burgfrieden der Parteien zu vernichten. Die Wehrpflicht könnte nur nach bitteren Kämpfen mit den unglücklichsten Folgen eingeführt werden. — Der „Economist“ schreibt: Der preussische Militarismus soll um jeden Preis vernichtet werden. Was wird aus diesem hohen moralischen Ziele, wenn wir das System selbst annehmen, dessen Zerstörung wir Hunderttausende von Menschen und Hunderte von Millionen an Geld bereits geopfert haben? Die Koalition hätte sich, Zeitungsartikel für die öffentliche Meinung zu halten.

Wiesbadener Theater.

Reffenz-Theater.

Dienstag, 1. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Gedde Gablet“.
Mittwoch, 2. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Das Lumpengesindel“.
Donnerstag, 3. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Das Lumpengesindel“.
Freitag, 4. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Mordmischer“.
Samstag, 5. Juni, 7 Uhr (Gastspiel der Schauspielgesellschaft Rina Sandow): „Gedde Gablet“.

Königliches Theater.

Dienstag, 1. Juni, 8 1/2 Uhr: „Camot“.
Mittwoch, 2. Juni, 7 Uhr: „Genoveva“.
Donnerstag, 3. Juni, 7 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen“.
Freitag, 4. Juni, 7 Uhr: „Ein Volksfeind“.
Samstag, 5. Juni, 7 Uhr: „Die Fledermaus“.
Sonntag, 6. Juni, 6 Uhr: „Die Weiserfinger von Nürnberg“.
Montag, 7. Juni, 7 Uhr: „Im weißen Rößl“.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.
Billige Speisen und Getränke.

Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Hält sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen. 01378

Restaur. zum Andreas Hoyer

Schwalbacherstrasse 59.
Vorzügliche Speisen und Getränke
Rekulation zu jeder Tageszeit.
Keller empfehle mein Köchlein
Bereinstofel. Kellungsloos 0507

Die Erbsünde.

Roman von Hans Kirchsteiger.
(278 Seiten) 90 Pf.

Buchhandlung Volksstimme

Gröber, Diefenbachstr. 17.

Ludwig Stöcklein.

Zentralverband der Bäcker, Konditoren und Berufsgenossen Deutschlands. Bezirk Wiesbaden.

Nachruf!

Am 5. Mai 1915 in Feindesland unser langjähriger Vorsitzender und Altgenosse

Konrad Schmidt

Vizefeldwebel im 2. Marine-Inf.-Regt.

Wir verlieren in ihm einen treuen Kollegen und Berater und werden ihn nie vergessen.
W 761 Der Vorstand.